Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen sofortlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 469. Halle, Dienstag, den 7. Oktober. **1919.**

Deutsche in Italien.

Basel, 6. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Das Internationale Telegraphenbureau meldet aus Rom: Die Zahl der Deutschen, die nach Italien zurückkehren, nimmt täglich zu. Die Tendenz für baldige Wiederaufnahme der Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Ländern tritt auch auf italienischer Seite immer deutlicher zu Tage. Es sind alle Vorbedingungen geschaffen, um die wirtschaftliche Verbindung zwischen den beiden Ländern in vollem Umfange wieder aufzunehmen. In krassem Gegensatz zu dieser Lage der Dinge steht es, daß es der deutschen Regierung bisher noch nicht gelungen ist, die deutschen Interessen in Italien durch einen offiziellen Beauftragten in Rom vertreten zu lassen. Schon vor Wochen wurde die Ankunft des Generalkonsuls Herfst als Bevollmächtigter angekündigt. Bis heute ist jedoch seine Ankunft noch nicht erfolgt. Es fehlt also jede amtliche Repräsentation des Reiches. Statt ihr tauchen hin und wieder deutsche Handelsbevollmächtigte in Rom auf. Es läßt sich nicht verhehlen, daß über deren planloses Vorgehen sich auch in römischen Kreisen lebhaftes Erstaunen bemerkbar macht.

Ein italienisch-rumänisches Bündnis?

Zürich, 6. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet aus Agram, daß zwischen Italien und Rumänien ein militärisches Abkommen getroffen sein soll, wonach die Rumänen sich verpflichten, im Kriegsfalle gegen die Jugoslaven gleichzeitig eine Operation vorzunehmen.

d'Annunzio läßt Internierungslager errichten.

Schweizer Grenze, 6. Oktober (Eigene Drahtnachricht.) Die „Information" meldet aus Fiume: d'Annunzio verfügt die Verhaftung jugoslawischer und amerikanischer Staatsangehöriger in Fiume und ließ ein Internierungslager errichten. Die Befestigung von Fiume schreitet vorwärts.

Englische Drohung gegen Italien.

WTB. Bern, 6. Okt. (Drahtnachricht.) Eine Meldung der „Agenzia Stefani" aus London besagt, daß die englische Regierung nach Ansicht offiziöser Kreise beabsichtigt, in Rom auf schnellste Beendigung des ungesetzlichen Zustandes in Fiume zu drängen, widrigenfalls Italiens Verbleiben im Vierverband gefährdet werden könne.

Weitere Amerikaner-Landungen in Dalmatien.

Basel, 6. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die Zentralagentur meldet aus Paris: An der dalmatinischen Küste ist weitere amerikanische Marineinfanterie gelandet. Es liegt ein Befehl des amerikanischen Marinesekretärs Daniels vor, wonach die amerikanischen Matrosen den Kampf mit den Italienern aufzunehmen haben, falls diese ihren Vorstoß gegen Trau, Spalato oder andere dalmatinische Häfen erneuern.

Wird der König von Italien ratifizieren?

WTB. Bern, 6. Okt. (Drahtnachricht.) Die römischen Blätter glauben an eine baldige Veröffentlichung des königlichen Dekrets über die Ratifizierung des Friedensvertrages. Im Gegensatz dazu teilt „Corriere della Sera" mit, daß nach seinen Informationen eine etwaige Ratifikation weder als eilig, noch als nahe bevorstehend betrachtet werde.

Der Sozialistenkongreß in Bologna.

WTB. Bern, 6. Okt. (Drahtnachricht.) Gestern ist der Sozialistenkongreß in Bologna unter sehr starker Beteiligung zusammengetreten, der mittags von Barcci mit heftigen Angriffen gegen die Regierung eröffnet wurde, die sich nur durch reaktionäre Maßnahmen, wie die Wiedereinführung der Zensur, halten könne. Die Meinung der überwiegenden Mehrheit des Kongresses gab Gonnari wieder, als er die Notwendigkeit einer Revolution für die Errichtung der Diktatur des Proletariats forderte, aber auch gleichzeitig die Beteiligung an den Wahlen als unerläßlich verlangte. Aus den Verhandlungen des ersten Tages kann festgestellt werden, daß zwar ein tiefer Gegensatz zwischen Reformisten und Maximalisten besteht, daß aber niemand eine Trennung wünscht und daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Einigung der Parteien erhalten bleiben wird.

Frankreichs große Furcht.

Genf, 6. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie in hiesigen Kreisen verlautet, stehe die französische Kammerdebatte über die ungenügende Beschränkung der militärischen Machtmittel Deutschlands in engem Zusammenhang mit der neuen Ententenote über die Räumung des Baltikums. Von unterrichteter Seite wird behauptet, daß die Forderung, das Baltikum zu räumen nur der Vorwand für das Verlangen der völligen Entwaffnung Deutschlands sei. Die Furcht vor einer neuen militärischen Wiedererstarkung Deutschlands bestehe ungehindert fort und sei durch die letzten Kammerdebatten noch verstärkt worden.

Die Regierungsform in Elsaß-Lothringen.

WTB. Paris, 6. Oktober. (Havas.) Die Kammer hat am Sonnabend morgen dem Gesetzentwurf über die vorläufige Regierungsform in Elsaß-Lothringen zugestimmt, der dieses Land unter den gegenwärtigen Regierungsverhältnissen läßt und erklärt, daß die französischen Gesetze erst dann ausgewandt werden sollen, wenn die Vertreter Elsaß-Lothringens ihre Plätze im französischen Parlament einnehmen werden.

Deutsche Note an die Schweiz.

Die Behandlung deutscher Kriegsgefangenen in Amerika.

WTB. Berlin, 6. Oktober. Wie WTB. hört, hat die deutsche Regierung Ende September eine Verbalnote an die Schweizer Regierung betreffend die Verhältnisse der deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Gefangenschaft gerichtet. Es scheint hier eine Aenderung eingetreten zu sein, da Klagen über grausame und menschenunwürdige Behandlung bekannt geworden sind. In der Note wird die Vermittelung der Schweizer Regierung dafür erbeten, daß eine Reihe von Vorfällen zur Kenntnis der amerikanischen Regierung gebracht und schärfster Einspruch erhoben wird. Es wird gleichzeitig um Entsendung von Vertretern in diese Gefangenlager gebeten, die Ermittelungen anstellen und den Mißständen abhelfen sollen.

Antritt des neuen Gesandten der Schweiz.

WTB. Berlin, 6. Okt. (Drahtnachricht.) Der „Reichsanzeiger" meldet: Der Herr Reichspräsident hat am Sonnabend nachmittag den neuen schweizerischen außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister Dr. v. Planta zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Der Reichsminister des Auswärtigen war bei dem Empfang zugegen.

Tschechischer Besuch in Berlin.

WTB. Prag, 6. Okt. (Drahtnachricht.) Heute begibt sich eine Abordnung von Regierungsvertretern, geführt durch den Staatssekretär vom Handelsministerium Dr. Schuster, nach Berlin, um dort Handelsbeziehungen zwischen der Tschechoslovakei und Deutschland vorzubereiten. Von Berlin begibt sich die Abordnung nach Hamburg behufs Stabilisierung des der Tschechoslovakei zugesprochenen Teiles des Hamburger Hafens. Die Kommission wird sich etwa 14 Tage in Deutschland aufhalten.

Abzug der Rumänen aus den ungarischen Städten

WTB. Wien, 6. Okt. (Drahtnachricht.) Blättermeldungen aus Raab zufolge verließen die letzten rumänischen Abteilungen Raab, worauf die ungarischen Truppen einrückten. Auch die rein ungarischen Städte Tatra, Vezprim und Stuhlwiesenburg seien gleichfalls von den Rumänen verlassen. Auch Budapest haben die rumänischen Truppen größtenteils verlassen, um die Linien zu besetzen, die bei den Bukarester Verhandlungen festgesetzt worden sind.

Protest der Ententemissionen in Wien gegen Demonstrationen.

WTB. Wien, 6. Okt. (Drahtnachricht.) Die fremden Missionen, namentlich die amerikanische, erhoben bei den maßgebenden Behörden wegen der gestrigen Straßenkundgebungen nachdrücklichst Vorstellungen, wobei darauf hingewiesen wurde, daß die Veranstaltung solcher Kundgebungen nicht geeignet sei, die Deutsch-Oesterreich so notwendige Sympathie der maßgeblichen Großmächte zu bewahren und das für den Kredit dieses Staates und für die Volkswirtschaft unerläßliche Vertrauen, sowie seine staatliche Ordnung zu erhalten. Sie seien geeignet, den bereits eingeleiteten Versuch eines großzügigen Kredits zunichte zu machen.

Auf dem Wege zu einem Berliner Generalstreik?

Berlin, 6. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber die morgige Tagung des Ausschusses der Gewerkschaftskommission wird aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilt: Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die 15er Kommission und mit ihr gemeinschaftlich die Leitung des Metallarbeiterverbandes einen starken Druck auf die Gewerkschaftskommission dahingehend ausüben wird, in der Sitzung morgen nachmittag einen Beschluß herbeizuführen, daß die Gewerkschaftskommission den ihr unterstellten Gewerkschaften empfiehlt, sich aktiv an der Streikbewegung der Metallarbeiter zu beteiligen. Mit anderen Worten, daß der Metallarbeiterverband nicht davor zurückschrecken wird, das letzte Mittel anzuwenden, um seine Drohung, das gesamte wirtschaftliche Leben Berlins in der Form eines Generalstreiks lahmzulegen, wahrzumachen. Ob ein solcher Beschluß durchkommen wird, läßt sich natürlich noch nicht voraussagen.

Weshalb ein Wohlfahrtsministerium?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Organisiert und zentralisiert wurde in und nach dem Kriege gerade genug. Die Lust daran wurde schier krankhaft. Ein Blick auf die Dutzende von Kriegsämtern und Kriegsgesellschaften zeigt jedem die zweifelhaften Folgen dieser Organisitis. Von neuen Zentralbehörden erleben wir im Reich das Reichsernährungsministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium. Jetzt kommt Preußen mit dem Volkswohlfahrtsministerium. Die Volkswohlfahrt soll organisiert und zentralisiert werden. Volksgesundheit, Wohnungsfürsorge, Siedlungswesen, Jugendpflege und allgemeine Fürsorge sollen unter ein Dach — hoffentlich nicht unter einen Hut — gebracht werden. Die Vernichtungsmaschine hat in fünf Jahren Krieg und Revolution die Volkskraft bis aufs Unterholz abgerodet; Körper und Seele sind ausgemergelt. Der Staat besinnt sich.

Sehr nötig und sehr gut. Aber muß es ein Ministerium muß es ein schwerfälliger Verwaltungsapparat sein — nach dem Naturgesetz wächst bekanntlich die Trägheit mit der Größe der Maschine — der die freien und beweglichen Kräfte etwa aufsaugt, die in der Wohlfahrtspflege von hundert Seiten lebendig am Werke waren? Wir haben in Berlin eine Zentralstelle für Volkswohlfahrt, wir haben einen Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege haben die Organisationen der Inneren Mission, der Charitasverbände, des Roten Kreuzes, der großen Frauenverbände des freiwilligen Erziehungsbeirats für schulentlassene Waisen Das Verzeichnis der deutschen Jugendfürsorgevereine füllt einen umfangreichen Band. Sollen alle diese hochverdienstlichen Vereinigungen der freien Liebestätigkeit, die bisher für die Wohlfahrtspflege unvergleichlich mehr geleistet haben, als die in den verschiedenen preußischen Ministerien dafür bestimmten Stellen, nun ausgeschaltet oder durch „regieren" festgesetzt werden? Das hieße mit grober Faust in das empfindliche Gespinst der Wohlfahrtspflege hineinfahren und ließe die Errichtung eines Ministerium in solchem Sinne von der gesamten Oeffentlichkeit ablehnen.

Die Dinge liegen glücklicherweise anders. Sämtliche Parteien sind, wie das die Debatte zum Etat des Wohlfahrtsministeriums in der Preußischen Landesversammlung mit Entschiedenheit gezeigt hat, für die Errichtung dieser sozialen Zentralbehörde; die Parteien wären sicherlich nicht dafür zu haben gewesen, wenn sie hier einen neuen Aktenapparat gewittert hätten. Aus der Einheitlichkeit erhofft man hier die Stärke. Durch die Zersplitterung nicht bloß der verschiedenen freien Wohlfahrtsverbände, sondern auch der in den verschiedenen Ministerien liegenden Wohlfahrtsressorts ging diese fraglos verloren. Der Rückhalt der einzelnen Organisationen muß wachsen, wenn sie an einem organisch und systematisch nur für die eine Sache tätigen Ministerium ihre pflichtgemäße Unterstützung finden. Im Ministerium für Volkswohlfahrt werden sich die bisher in fünf Ministerien zerstreuten und dort abgegrenzt arbeitenden Abteilungen für Volksgesundheit, Wohnungs- und Siedlungswesen, Jugendpflege und allgemeine Fürsorge vereinigen, d. h. zu einem organischen Ganzen verschmelzen. Es wird nicht mehr möglich sein, daß etwa eine an das Ministerium des Innern gerichtete Eingabe zur Jugendfürsorge an das Kultusministerium verwiesen wird, weil die Frage hier zuständig ist, oder daß sich beispielsweise in Fragen der Ernährungshygiene die Zuständigkeiten des Ministeriums des Innern und des Landwirtschaftsministeriums kreuzen. Ueber diesen Ressortschwierigkeiten entwickelte sich der Aktenstaub, der den großen Zug in der Wohlfahrtspflege erstickte und ihr den belebenden Strom der großen Ideen entzog.

Darauf kommt es in der Wohlfahrtspflege, wenn sie nicht im Beharrlichen und Kleinlichen erstarren soll, jedoch ganz besonders an.

Mit den großen Ideen nun kann eine Zentrale, in der alle Fäden der kommunalen und freien Wohlfahrtspflege zusammenlaufen, die Volkswohlfahrt ganz anders erfüllen, als die einzelnen größeren und kleineren Verbände und Vereine. Sie hat dazu ganz andere politische und fiskalische Druckmittel, als die freien Organisationen, die schon durch ihre behördliche Abhängigkeit bei weitangelegten Absichten und Maßnahmen gebunden sind: Wohl jeder der kommunalen und freien Organisationen wird davon ein Lied singen können. Wohl jede wird besonders beim Verfolgen von großen Zielen den Nachteil der bisherigen Ressortbeschränkungen und Ressortkreuzungen zwischen den einzelnen Ministerien lähmend empfunden haben. Deshalb ist die Sache der gesamten Oeffentlichkeit — die Wohlfahrtspflege gehört dem ganzen Volke — damit verbunden, wenn jetzt den notwendig gewordenen neuen Ideen in der Volkswohlfahrtspflege durch die Errichtung eines Wohlfahrtsministeriums endlich Luft geschaffen ist. Was bisher nicht ohne Anerkennung eines gewissen Erfolges erstrebt und begonnen worden ist, kann jetzt unter der sachlichen Mitarbeit der kommunalen und freien Organisationen und unter Benutzung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191007011/fragment/page=0001

ihrer Erfahrungen zielsicher weitergeführt werden: Die Einrichtung von Jugendwohlfahrtsämtern die den jetzigen Verhältnissen entsprechende Regelung der Jugendpflege durch Leibesübungen, die Neuordnung der Fürsorgeerziehung, durch deren Loslösung von der Polizeigewalt, der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten, die Tuberkulose und den Alkoholmißbrauch, die Frage der Neuregelung der Prostitution, die Organisation der Mitarbeit der Frau in der Wohlfahrtspflege usw. Ein ungeheures Gebiet öffnet sich. Noch nie sind einem Ministerium und einem Minister so wertvolle und schöne Aufgaben zugewiesen worden, noch nie konnten sie sich so aufrichtig den Dank des gesamten Volkes verdienen. Denn unser Volk blutet aus offenen Wunden.

Die Errichtung dieses Ministeriums ist einer der wenigen Lichtblicke in der gegenwärtigen trostlosen Lage unseres Volkes und Vaterlandes.

Kommunistisches aus Wien.

WTB. Wien, 6. Okt. (Drahtnachricht.) Die Wiener Abendblätter melden die neuen, in der sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf" veröffentlichten Dokumente zur Vorgeschichte des kommunistischen Putsches vom 15. Juni auf Grund der Darstellung des Kommunisten Dr. Bettelheimer. Dieser hebt heftige Beschuldigungen gegen die Führer der Wiener Kommunisten und behauptet, daß sie in der Nacht vor dem 15. Juni mit ihrem Einverständnis von der Polizei verhaftet und also nicht Märtyrer des Proletariats waren, sondern in Wirklichkeit einen feigen Rückzug bewerkstelligten, indem sie sich in den sicheren Gewahrsam der Polizei brachten. Auch später, als der Plan verwirklicht werden sollte, am 21. Juli, die Rädediktatur auszurufen, schreckten auch die neuen Führer schon am ersten Tage ihrer Wahl vor der Revolution zurück, indem sie eine einzige gründende Versammlung abhielten, dafür aber umsomehr Automobilausflüge veranstalteten und immer nur neues Geld verlangten, ohne jemals Rechnung zu legen. Bettelheimer wirft den damaligen Führern vor, fremdes Geld veruntreut zu haben. Unter diesen Verhältnissen sei ein weiteres Arbeiten unmöglich gewesen.

Einstellung des Sonntags-Eisenbahnverkehrs in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 6. Okt. (Eig. Drahtnachricht.) Vom 12. Okt. an wird der Personenverkehr am Sonntag wegen Kohlennot eingestellt. Ein Teil der Kohlenersparnisse wird zur Wiedereinführung eines beschränkten Schnellzugsverkehrs verwendet werden, darunter die Züge Wien—Prag—Berlin dreimal wöchentlich und Wien—Passau—Regensburg—Leipzig—Berlin.

Feuergefecht zwischen Mitau und Riga.

WTB. Mitau, 6. Oktober. Laut Meldung der Pressestelle im Generalkommando des sechsten Armeekorps fand in der Nacht auf den 29. September an der deutsch-russisch-lettischen Demarkationslinie zwischen Mitau und Riga zwischen russischen Vorposten, die die räumenden Deutschen ablösten, und lettischen Feldwachen ein Feuergefecht statt. Lettisch-estnische Truppen greifen die russischen Formationen, die seit einiger Zeit an Stelle deutscher zum Abtransport nach Deutschland bestimmter Truppen die Demarkationslinie zwischen Mitau und Riga besetzt halten, immer wieder an. Der lettischen Regierung ist rechtzeitig von dieser Ablösung deutscher Truppen durch russische Formationen Mitteilung gemacht worden. Außerdem ist die englische Mission in Riga in der Person des Brigadegenerals Burt durch den Grafen von der Goltz davon unterrichtet worden, daß neuerdings russische Formationen die Besatzung des Olaier Abschnittes der Demarkationslinie stellen.

Wie die Gefangenenhetze entstand.

Eine schwere Anklage gegen den „Volksbund".

In den Kreisen von Angehörigen der Kriegsgefangenen wird die angeblich von einem Kriegsinvaliden in einer Versammlung in Altona geäußerte Behauptung verbreitet, daß in allen Lagern der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ein Schriftplakat angeschlagen sei, das als Aufforderung eines Mitgliedes der deutschen Regierung die Worte enthalte: „Wir brauchen die Kriegsgefangenen nicht zurück . . . Wir haben Arbeitslose genug." Es wurde gleichzeitig behauptet, daß dieser Satz vom Reichsminister Erzberger stamme. Von der Regierung und dem persönlich Angegriffenen ist diese hirnverbrannte Behauptung sofort dementiert worden. Wie die Plakate in Wirklichkeit entstanden sein können, darüber gibt eine Auslassung von informierter Seite einige Auskunft, die sich u. a. mit dem „Volksbunde zur Befreiung der Gefangenen" und mancher seiner Praktiken beschäftigt. Danach ist nämlich der Führer der Bonner Organisation dieses Bundes, ein Professor Bucherer, vor längerer Zeit zu dem englischen Oberst Ryan in Köln gegangen und hat diesem erzählt, die deutsche Regierung tue nichts, um die Gefangenen freizubekommen. Oberst Ryan habe die Mitteilung dieses deutschen Professors sofort an den Rat der Alliierten weitergegeben, und dieses hätten dann die erwähnte Bekanntmachung in den Gefangenenlagern erlassen. Die Leitung des „Volksbundes" in Köln habe sich, wie noch hinzugefügt ist, mit diesem Vorgehen vollkommen einverstanden erklärt. Die Berechtigung dieser ungeheuerlichen Anklage gegen den „Volksbund" (beziehungsweise einige seiner Führer) könnte aber müßte bezweifelt werden, wenn die Darstellung nicht von einer offiziösen Stelle, hinter der wir die „Reichszentralstelle" vermuten, gegeben worden wäre. Wir haben, schreibt dazu die „Berl. Volksztg.", zwar keinen Anlaß (und auch keine Neigung), uns in die Streitigkeiten der Organisationen und Bünde hineinzumischen, wir halten es aber, im öffentlichen Interesse, für dringend erforderlich, daß der „Volksbund" umgehend und klar zu den Anklagen Stellung nimmt.

Deutsches Reich.

Die christlichen Gewerkschaften dementieren.

WTB. Essen (Ruhr), 6. Oktober. Der von den Blättern verbreiteten Meldung, daß sich eine Abwanderung in größerem Maßstabe aus den christlichen Gewerkschaften entwickele, wird hier in entschiedener Weise widersprochen. Wie aus christlichen Gewerkschaftskreisen festgestellt wird, ist bei diesen Gewerkschaften keine Abwanderung, sondern im Gegenteil eine ständige Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen, deren Zahl gegenwärtig mehr als 1 100 000 beträgt.

Kohlenmangel in der Pfalz.

WTB. Berlin, 6. Oktober. Einigen Abendblättern zufolge ist seit heute früh die Zuführung elektrischen Stromes in der Rheinpfalz wegen Kohlenmangel eingestellt. Alle Betriebe, auch die Straßenbahnen, stehen still. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

Erzbergers Anklagematerial.

WTB. Berlin, 6. Oktober. Das Klagematerial des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den früheren Staatssekretär Helfferich ist am 29. September dem Staatsanwalt zugestellt worden. Nach Eingang des Strafantrags des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den früheren Staatssekretär Helfferich, wegen Beleidigung, hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I das Ermittelungsverfahren sofort eingeleitet. Die Bearbeitung der Sache liegt in den Händen des Oberstaatsanwalts Prause persönlich.

Ausland.

Wilsons Befinden.

WTB. Washington, 6. Okt. Havas. Präsident Wilson verbrachte eine sehr gute Nacht. Wenn man überhaupt von einer Veränderung sprechen will, kann man sie nur im künftigen Sinne auffassen.

Dänemarks Sozialdemokratie gegen die 3. Internationale.

WTB. Berlin, 6. Oktober. Der dänische sozialdemokratische Parteitag hat laut „Vorwärts" mit überwältigender Mehrheit beschlossen, unter Ablehnung der bolschewistischen Methode bei der zweiten Internationale zu verbleiben. In einem Aufruf an das dänische Volk heißt es, daß sich die Partei, wie immer, auf den Boden der Demokratie stelle. Otto Wels widerlegte in seinem Abschlußwort an den Kongreß die in der neutralen Presse zum Ausdruck gekommene Auffassung, daß Deutschland vor dem Bankrott stehe und nicht arbeite. Bei dem Berliner Streik handle es sich nur um 8 Prozent der Arbeiter, und das schlimmste sei überstanden.

Aus der demokratischen Bewegung.

Parteitag der deutschen demokratischen Partei Thüringens.

Der Wahlkreisverband der deutschen demokratischen Partei für den Reichstagswahlkreis 36 (Thüringen) hält am 12. Oktober in Eisenach einen Parteitag ab. Auf der Tagesordnung stehen Satzungsänderungen, Organisationsfragen, Wahlen, allgemeine politische Aussprache, Besprechung der Frage des Einheitsstaates Thüringen und Besprechung der Kandidaten zu der nächsten Reichstagswahlen. Dem Verbandstag geht eine Frauentagung voraus. Ferner ist eine große öffentliche Versammlung geplant, in der Handwerkskammersyndikus Herrmann-Reutlingen, Mitglied der Nationalversammlung, über die politische Lage sprechen wird.

Halle und Umgegend.

Halle, den 7. Oktober 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandstische die Stadtverordneten Hennig, Dr. Keil, Ziegler und Kleeis.

Vorsteher Hennig teilt mit, daß Stv. Schimpf (U. S. P.) sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat. Für ihn tritt Stv. Bobitzki in die Stadtverordnetenversammlung ein.

In einer Eingabe beantragen zwölf verschiedene religiöse und Sittlichkeitsvereine eine strengere Zensur der Filmtheater und gänzliche Schließung der Kinos während des Winters. Bei dieser Gelegenheit wird mitgeteilt, daß für die Jugend im U.-T.-Theater an der Alten Promenade für Schüler Films dargestellt werden sollen, die vom Kultusministerium zensiert sind. Diese Vorführungen sollen an den Vormittagen stattfinden. Anmeldungen sind an den Lycealdirektor Dewischeit zu richten. Die Eingabe wird dem Schulausschuß überwiesen.

Eine Eingabe von Bewohnern der Seebener und angrenzenden Straßen wünscht, daß städtisches Land zur Bewirtschaftung zur Verpachtung gestellt werden möge. 57 Familien haben diese Eingabe unterzeichnet. Das für die Pachtung beanspruchte Land ist aber an Herrn Ohmann auf längere Jahre noch verpachtet, und dieser Pächter will vom Pachtvertrage nicht zurücktreten. Die Eingabe wird dem Magistrat als Material überwiesen.

Ein Antrag Osterburg und Gen. (U. S. P.) will den Magistrat ersuchen, eine Vorlage zu machen, die Kommunikationswege mit Obstbäumen zu bepflanzen. Ein weiterer Antrag Osterburg will den Magistrat ersuchen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die kasernierte Prostitution aufzuheben. Endlich ersucht ein Antrag Osterburg und Gen. bei der gegenwärtigen Einziehung der Steuerbeträge Milde walten zu lassen und nicht zwei Quartale auf einmal zu erheben, sondern in kleineren Teilbeträgen einzuziehen. Ueber diesen Antrag beschließt die Versammlung die Dringlichkeit.

Stadtrat Wurm: Eine Beschlußfassung dürfte sich erübrigen, denn die Steuerkasse ist angewiesen, daß Lohnempfängern oder solchen, die zum ersten Male veranlagt worden sind, auf ihren Antrag Stundung auf kurze Zeit gewährt wird. Doch soll nicht über eine Woche hinausgegangen werden. In Bezug auf die Staatssteuern müßte man sich an die staatlichen Behörden wenden.

Stv Heine (b. k. Fr.): Die Stundung soll sich nicht nur auf die Lohnempfänger, sondern auf alle Steuerzahler erstrecken.

Stadtrat Wurm: Statt zwei Quartale soll nur ein Quartal eingezogen werden.

1. Umbau vom Großer Berlin 14. Die zuerst für die Büros des Arbeitsamtes gemieteten Räume waren längst unzureichend geworden. Der Magistrat war daher gezwungen, einen Teil des Amtes in anderen Grundstücken unterzubringen. Diese Trennung hat aber Zustände herbeigeführt, die auf die Dauer unhaltbar sind, da sie in höchstem Maße störend auf den Dienstbezirk wirken. Infolgedessen wurde das für die Tätigkeit des Arbeitsamtes recht vorteilhaft gelegene Grundstück Großer Berlin 14 erworben, dessen Ausbau für fragliche Zwecke mit verhältnismäßig nicht zu hohen Kosten möglich ist. Die Kosten für den Umbau sind auf 77 000 Mk. berechnet worden. Sie sind dem Substanzgelderfonds zu entnehmen. Die Stadtverordneten stimmen zu. Berichterstatter Stvo. Knauthe (U. S. P.) und Minner (Dem.).

2. Antrag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und ehemaligen Kriegsteilnehmer, um Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von Heizmaterial. Berichterstatter Stv. Bock (U. S. P.) bemerkt, da dem Haushaltsausschuß die Unterlagen fehlen, da ihm insbesondere die Zahl der Kriegsbeschädigten nicht bekannt ist, daß der Haushaltsausschuß beantragt, die Eingabe dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen. Stadtrat Dr. Tepelmann teilt mit, daß bereits beabsichtigt ist, den bedürftigen Kriegsbeschädigten Heizmaterial zu beschaffen. Die Versammlung beschließt, wie der Haushaltsausschuß beantragt hat.

3. Nach überschlägiger Berechnung des Arbeitsausschusses der Kriegsgefangenenheimkehr sind für Errichtungen, Verpflegung, Unterstützungen der heimkehrenden Kriegsgefangenen sowie für Bürokosten, Löhnung von Bediensteten, Druckschen und dergleichen insgesamt etwa 90 000 Mark erforderlich. Diesen Ausgaben stehen an Spenden usw. rund 30 000 Mk. Einnahmen gegenüber, sodaß etwa 60 000 Mk. ungedeckt sind. In der Erwartung weiterer Spenden in Höhe von 10 000 Mk. bewilligt die Versammlung zur Deckung des Fehlbetrages weitere Mittel bis zur Höhe von 50 000 Mk. nach Kapitel XXIV, 14 des Hauptetats, zahlbar in Teilbeträgen nach eintretenden Bedarf auf Verfügung des Vorsitzenden für die Kriegsgefangenenheimkehr. Berichterstatter Stv. Minner (Dem.).

4. Wie der Magistrat beschließt auch die Versammlung, die den Witwen gefallener Kriegsteilnehmer bewilligten Zuschüsse der Kriegshinterbliebenenfürsorge für Kinder unter 15 Jahren vom 1. Oktober 1919 ab um 75 Mk. auf 150 Mk. zu erhöhen. Die zur Deckung der Mehrausgaben erforderlichen Mittel in Höhe von etwa 1100 Mk. werden aus Kap. XXIV Ziffer 14 bewilligt. Berichterstatter Stv. Weschke (b. k. Fr.).

5. Zugestimmt wird der Weitervermietung der bisher an den Inhaber der Handelsgesellschaft Sprengel & Rink vermieteten Räumlichkeiten im städtischen Grundstück Leipziger Straße 2 an den bisherigen Mieter für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1926 unter Erhöhung des Mietzinses auf jährlich 6500 Mk. Berichterstatter Stv. Lehmann (Dem.).

6. Der Magistrat überreicht zu seiner Vorlage vom 4. September 1919 betreffend den Verkauf städtischen Landes am Grundstück An der Schwemme 1 an den Brauereibesitzer Kurt Saß, einen unterm 27. September beurkundeten Nachtrag zu dem Saßschen Angebot, wonach der Kaufpreis nicht 30 Mk., sondern 50 Mk. je Quadratmeter betragen soll. Die Versammlung stimmt zu. Berichterstatter Stv. Wolf (U. S. P.).

7. Die Beratung der Vorlage: Errichtung von Wohnbaracken wird auf Antrag des Bauausschusses der nichtöffentlichen Sitzung vorbehalten.

8. Ankauf amerikanischer Kohle. In der letzten Zeit sind von verschiedenen Großfirmen Angebote auf Lieferung amerikanischer Gaskohle eingegangen. Das vielversprechendste darunter lautet auf 32½ Dollar auf 1 Tonne frei Hamburg. Bei dem heutigen Kursstande des amerikanischen Dollars von rund 19 Mk., entspricht dieser Preis einem Betrage von rund 627 Mk. frei Hamburg. Die Fracht bis Halle nach dem 1. Oktober wird betragen 27 Mk., sodaß die Kohle frei Gaswerk rund 654 Mk. kostet, d. h. das ungefähr siebenfache des jetzigen Preises für deutsche Kohle. Bei Vergasung dieser amerikanischen Kohle würden für Nebenprodukte erzielt rund 100 Mark, die Nettokohlenkosten betragen also 554 Mk.; es würde sich der Preis stellen für 1 Kubikmeter Gas auf rund 1,58 Mk. Es erscheint völlig ausgeschlossen, zu einem derartigen Preise Gas verkaufen zu können. Der Ankauf amerikanischer Kohle kann nur dann überhaupt in Frage kommen, wenn die daraus erwachsenden Mehrkosten auf die Gaserzeugung eines größeren Zeitraumes verteilt werden können. Angenommen, es wird etwa ein monatlicher Bedarf an Kohle gleich 3000 To. amerikanische Kohle angekauft. Diese kosten frei Gaswerk netto 1 635 000 Mk., abzüglich der Einnahme für Nebenerzeugnisse, davon ab die Kosten für deutsche Kohle, ab 1. Oktober 1919 gleich 3000 mal rund 100, 300 000 Mk. bleiben 1 335 000 Mk. Die Mehrkosten auf die ganze Wintererzeugung in rund 6 000 000 Kubikmeter verteilt, ergibt einen Preisaufschlag von rund 22 Pfg. Der heutige Gaspreis beträgt 40 Pfg., der Gaspreis müßte also bei Ankauf von 3000 To. Kohle für das ganze Winterhalbjahr auf etwa 62 Pfg. erhöht werden; dazu käme noch eine etwaige Erhöhung aus anderen allgemeinen Gründen.

Aus den 3000 To. amerikanischer Gaskohle können voraussichtlich 1 000 000 Kubikmeter Gas hergestellt werden, verteilt auf 180 Tage gleich täglich rund 5500 Kubikmeter, sodaß etwa täglich 1—1½ Stunde mehr Gas abgegeben werden könnte wie die jetzt, unter Voraussetzung, daß die Lieferung deutscher Kohle unverändert bleibt.

Das Kuratorium der Gas- und Wasserwerke hat, obwohl es ständig bemüht ist, Steinkohle wie auch Braunkohle und Holz wenn auch zu sehr hohen Preisen zu kaufen, sich trotz der bekannten großen Mängel der Gasversorgung nicht entschließen können, diese gewaltigen Kosten für die amerikanische Kohle aufzuwenden. Auch der Magistrat hat in diesem Sinne beschlossen und dieses Angebot einstweilen abgelehnt. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt diese Mitteilungen zur Kenntnis. Berichterstatter Stv. Osterburg (U. S. P.). Stv. Gelhaar (U. S. P.) möchte das Angebot nicht ohne weiteres ablehnen, bis Gewißheit darüber vorhanden ist, ob der Ankauf amerikanischer Kohle auf unsere Jahresmenge angerechnet wird oder nicht. Stv. Minner (Dem.) ist für Ablehnung des Angebots, weil es auch noch gar nicht gewiß ist, daß wir zur Beschaffung der amerikanischen Kohle Transportmittel haben werden.

9. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Antrag gestellt, der Magistrat wird ersucht, Schritte zu tun, um die unhaltbaren Zustände in der Milchversorgung zu bessern. Insbesondere ist ihre Kommunalisierung zu erwägen. Hierzu liegt eine Eingabe des Vereins der Milchhändler vor, in der beantragt wird, diesen Punkt auszusetzen.

Stv. Kleeis (Soz. Fr.): Als Berichterstatter: Der Sozialisierungsausschuß hat erwogen, ob die Kommunalisierung der Milchversorgung in die Wege geleitet werden könnte. Nach umfangreichen Erhebungen des Statistischen Amtes sind vor dem Kriege täglich rund 40 000 Liter Milch nach Halle gebracht worden, auf den Kopf ein Viertel Liter. Anfänglich wurden nach der Einführung der Milchuntersuchung ein Viertel der Proben beanstandet. Während des Krieges ist die Milchmenge auf ein Viertel wenn nicht auf ein Fünftel der früheren Menge zurückgegangen. Die Beschaffenheit der Milch wird zudem schlechter geworden sein. Rund 60 Prozent aller gelieferten Milch stammt von großen Gütern, die je täglich mehr als 50 Liter liefern. In Halle haben wir 164 Milchhändler. 54 davon betreiben den Milchhandel in bescheidenster Weise, nur 42 Milchhändler gibt es, die einen Milchladen haben. Davon sind nur sieben, die lediglich Milch verkaufen. Das sind Zustände, die nicht erfreulich sind. Ich schlage die Errichtung eines Milchamtes vor, das die Milchversorgung durch eine Zentralstelle zu überwachen hat. Zweitens besteht die Möglichkeit der Errichtung eines Milchwerkes, wohin alle Milch geliefert wird, die dort untersucht, gereinigt, gekühlt wird und dann durch private Milchhändler zur Verteilung kommt. Eine dritte Möglichkeit der Verbesserung besteht in der Kommunalisierung. Es würde eine Milchstelle errichtet und die Milch durch städtische Verkaufsstellen und Wagen verteilt. Der Ausschuß ist zu der Auffassung gekommen, daß eigentlich nur die Kommunalisierung, die Verteilung durch städtische Einrichtungen der gewiesene Weg ist. Der Ausschuß empfiehlt Ihnen daher die Kommunalisierung und er bittet Sie, zu beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Unterlagen dafür zu beschaffen, ob eine Verbesserung durch eine Milch-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191007011/fragment/page=0002

zentrale und der Vertrieb durch sie angängig ist. Empfehlen wird, die Eingabe der Milchhändler auf sich beruhen zu lassen.

Stv. **Kürbs** (U. S. P.): Ich habe gehört, daß die Milchlieferanten in einer Vereinbarung mit den Milchhändlern die Milchlieferung einstellen wollen, wenn die Milchverteilung durch die Stadt erfolgen würde. Die Milchlieferanten suchen die beste Milch zu verbuttern, um dafür hohe Schleichhandelspreise zu erzielen. Wir müßten uns auch mit der Frage beschäftigen, ob wir nicht selbst zur Milchbewirtschaftung auf unseren städtischen Gütern übergehen sollen, um von den Großagrariern unabhängig zu werden.

Der Antrag des Sozialisierungsausschusses, den Magistrat zu ersuchen, Unterlagen zu schaffen für die Errichtung einer Milchzentrale wird gegen drei Stimmen angenommen. Die Eingabe der Milchhändler wird dem Magistrat als Material überwiesen.

10. Das Gesuch der Guttemplerloge „Moritzburg" um Gewährung einer Beihilfe zur Jahresversammlung des Deutschen Guttemplerordens wird dem Magistrat zu weiterer Behandlung überwiesen. Berichterstatter Stv. **Busse** (Dn.).

11. Zur bevorstehenden **Anstellung eines Berufsberaters** hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag gestellt, daß für die Stelle nur Männer und Frauen in Frage kommen sollen, die pädagogisch, psychologisch vorgebildet und mit den hallischen Verhältnissen vertraut sind, die sich in der Berufsberatung bereits betätigt und mit der hiesigen Lehrerschaft, mit der sie arbeiten sollen, engste Fühlung haben. Die Vorschläge der durch den hallischen Kreislehrerrat vertretenen hallischen Lehrerschaft sind in erster Linie zu berücksichtigen. Das Amt ist so zu dotieren, daß hiesige Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen es übernehmen können, ohne eine Minderung ihres Einkommens zu erleiden. Beschlossen wird auf Empfehlung des Schulausschusses die Annahme dieses Antrages. Berichterstatter Stv. **Wilke** (S. Fr.).

Zwischenein unterhält man sich darüber, wie die Ausschußmitglieder von der Zeit der Ausschußsitzungen unterrichtet werden können. Vorläufig werden in den Stadtverordnetensitzungen die Tage der Ausschußsitzungen, soweit sie festgesetzt sind, durch Auslegung bekanntgegeben.

12. Wird zurückgezogen.

13. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Errichtung einer **Verwaltungs-Deputation** wird zurückgezogen, da erst die Neuregelung der Städteordnung abzuwarten werden soll. Berichterstatter Stv. **Kleeis** (S. Fr.).

14. Eine Eingabe der **hallischen Gärtnervereine** wegen Aenderung der Friedhofsordnung vom 12. Februar 1910 wird abgelehnt. Berichterstatter Stv. **Gerig** (S. Fr.).

13. Eine Eingabe um Beseitigung von **Unzuträglichkeiten im Stadtbad** wird dem Magistrat überwiesen, der erwägen soll, wie für die Angehörigen der Garnison besondere Badezeit eingerichtet werden kann. Bisher entstand durch die Benutzung des Bades der Soldaten auch am Sonnabend eine außerordentliche Ueberfüllung des Bades. Berichterstatter Stv **Weber** (U. S. P.).

16. Das Gesuch des Feuerwehrmanns a. D. Wilhelm **Haut** zu Alsleben S. um Gewährung von **Teuerungszulagen** und anderweitige Feststellung seines Ruhegehaltes wird dem Magistrat insofern zur Berücksichtigung empfohlen, als dem Gesuchsteller eine Unterstützung gewährt werden solle. Berichterstatter Stv. **Weber** (U. S. P.).

17. Das Gesuch des Hausmanns **Ronneburg** im Polizeidienstgebäude, Dreyhauptstr. 4, um Bewilligung freier Beleuchtung, wird dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen. Berichterstatter Stv. **Sorger** (Dem.).

18. Das Gesuch der **Krieger-Sanitätskolonne vom Roten Kreuz** zu Halle um Ueberlassung der ganzen Räumlichkeiten im Hause Raibauschstraße 16 und um elektrische Beleuchtung, sowie um Anschluß, vielleicht an die Polizeizentrale. Die Versammlung beschließt die Ueberweisung an den Magistrat als Material.

19. Die Stadtverordnetenversammlung hat unterm 28. Juli 1919 beschlossen, den Antrag des Stv. Hildebrandt, den Sozialisierungsausschuß mit den Vorarbeiten für die **Uebernahme der Müllabfuhr in eigene städtische Verwaltung** zu beauftragen, anzunehmen. Die Angelegenheit war dem Sozialisierungsausschuß überwiesen, für den nun die Berichterstatterin Frau Stv. **Schmidt** (U. S. P.) die Annahme des Antrages empfiehlt. Stadtrat **Grote** (am Berichterstattertisch vollständig unverständlich) scheint Bedenken dagegen zu haben. Stv. **Bundt** lehnt die Uebernahme der Müllabfuhr durch die Stadt, der Kosten wegen, ab. Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, Unterlagen für die Uebernahme der Müllabfuhr zu beschaffen.

20. Die **Gehälter mancher städtischer Beamtengruppen**, insbesondere auch der wissenschaftlich vorgebildeten, sind unzureichend. Ist der Magistrat bereit, der Stadtverordnetenversammlung baldmöglichst eine Vorlage über die Neuordnung der Beamtengehälter vorzulegen? Diese Interpellation begründen namens der Deutschnationalen die Stvv. **Splett** (Chr. V.) und **Carlson** (Dn.). Sie weisen auf die Niedrigkeit der Gehälter der Stadträte und anderer Beamtengruppen hin, die anderwärts wesentlich höher seien. Man habe ein Interesse daran, daß der Beamtenstand arbeitsfreudig erhalten wird und daß eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht wird.

Stadtrat **Wurm**: Augenblicklich läßt sich noch nichts Endgültiges tun. Der Magistrat kann erst dann etwas Entscheidendes unternehmen, wenn Reich und Staat eine Neuordnung der Beamtengehälter vorgenommen haben. Das ist außerordentlich schwierig, so lange die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht eine gewisse Stetigkeit erlangt haben. Infolgedessen kann der Magistrat, obwohl er die Berechtigung der bezüglichen Wünsche anerkennt, vorläufig weiter nichts tun, als durch Nebenbezüge zu helfen, bis eine Neuordnung durch die angestrebte Besoldungsreform in Staat und Reich gekommen ist.

Frl. Stv. **Stecker** (Dem.), am Pressetisch schwerverständlich, tritt für eine bessere Besoldung der Sozialbeamtinnen ein.

Stv. **Balke** (Dem.): Im letzten Jahre ist ein großes Mißverhältnis zwischen den Beamtengehältern und anderen Verdienstmöglichkeiten eingetreten. Um zu helfen, sind wir zu Teuerungszulagen übergegangen. Einmalige Teuerungszulagen sind aber immer gefährlich, die Haushaltspläne der betreffenden Gemeinden über den Haufen zu werfen. Ich bin gegen einmalige Teuerungszulagen und für eine Regelung der Besoldungsfrage. Ich erhebe darum den Ruf, daß die Lohnverhältnisse der Beamten bis hoch hinauf aufgebessert werden müssen. Jetzt ist es so: Je besser die Bildung, um so schlechter wird bezahlt, während ein anderer für einfache Handleistungen erheblich höhere Bezüge erhält. Reich, Staat und Gemeinden müssen gemeinsam vorgehen. Wir müssen zunächst mit Teuerungszulagen weiter arbeiten, aber sie müssen erheblich aufgebessert werden. Dann wird auch der Ruf nach einmaligen Beschaffungsgeldern aufhören.

Stv. **Hildebrandt** (U. S. P.): Der städtische Haushaltsplan gibt nicht die Möglichkeit, zu übersehen, wie die Beamtenverhältnisse sind. Daß die Arbeiter vielfach besser bezahlt werden als die Beamten, haben sie ihren Organisationen zu danken. Die Beamten haben in dieser Hinsicht versagt. Einer Gehaltsregelung stehen wir nicht ablehnend gegenüber. Ich stelle den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei der Landesbehörde dahin zu wirken, daß das Steuervorrecht der Beamten nicht mehr zur Anwendung kommt. Bei der Gehaltsregelung muß dann diese Frage mit berücksichtigt werden.

Stv. **Dürrfeld** (S. Fr.): Wenn die Beamten genügend bezahlt werden, dann kann auch ihr Steuerrecht fallen. Ich empfehle, die Anfrage Carlsson zur Kenntnis zu nehmen.

Stv. **Bundt** (Dn.): Meiner Meinung nach ist ein Streik für die Beamten unmöglich. Die Sozialbeamten müssen für ihren Beruf eine ganz besondere Berufsbildung haben. Die können sie aber nicht haben, wenn sie nicht ordentlich bezahlt werden. Die Beamtinnen sollten auf Lebenszeit angestellt werden

Stv. **Doß** (Dem.): Die Regelung der Gehälter kann nicht ohne das Vorgehen von Staat und Reich vor sich gehen. Bis das geschehen ist, so lange müssen wir abwarten. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir über eine gewisse Zeit hinaus nicht kommen werden, wenn das Grundgehalt und die Teuerungszulage nicht entsprechend den Verhältnissen gestellt werden. Wir müssen die Möglichkeit haben, ausgleichend zu wirken. Das Beamtenprivileg gilt wohl nicht nur von den Kommunalbeamten. Es sollte eine Entschädigung dafür sein, daß der Beamte auf Anordnung seiner Behörde bald hier bald dort sein muß, und daher den veränderten Steuerverhältnissen an den verschiedenen Orten unterworfen ist. Der Arbeiter geht wann und wohin er will. Er ist solchen Zufälligkeiten wie der Beamte nicht so unterworfen. Die Beamten sind für den Fortbestand ihres Privileges nicht. Nach dem Vorgange von Reich und Staat müßte auch den Gemeindebeamten eine einmalige Beschaffungszulage gewährt werden. Der Magistrat hat auch bereits entsprechende Schritte unternommen, um eine solche zu leisten, wenn Reich und Staat vorangegangen sind.

Nach weiteren Bemerkungen der Stvv. Hildebrandt und Kürbs (U. S. P.) sowie des Stv. Carlsson (Dn.) wird der Antrag Hildebrandt auf Aufhebung des Generalprivilegs angenommen.

Ein Antrag der U. S. P. lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage zur Eingemeindung der Ortschaften Ammendorf, Böllberg, Bruckdorf, Burg bei Reideburg, Dölschdorf, Canena, Capellenende, Diemitz, Dölau, Lettin, Nietleben, Osendorf, Passendorf, Radewell, Reideburg mit Kronkorf und Gutsbezirk, Sagisdorf, Reideburg-Gutsbezirk, Schönnewitz, Seeben, Wörmlitz."

Diesen Antrag begründet Stv. **Osterburg** (U. S. P.) mit der Interessengemeinschaft, die zwischen der Stadt und den Vororten in den verschiedensten Richtungen beständen. Dabei berührt er auch die Beschwerdeschrift des Nietlebener Gemeindevorstandes an die Regierung, die sich gegen die Verkehrsverhältnisse auf der Halle-Hettstedter Eisenbahn richtet. Auch auf einen Brief nimmt er Bezug, in dem eine Feuerlöschgemeinschaft zwischen Halle und Diemitz befürwortet wird.

Angenommen wird ein Antrag **Herzfeld-Keil** (Dem.), den Magistrat zu ersuchen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob und welche Vororte eingemeindet werden können und vom Ergebnis dieser Prüfung den Stadtverordneten Kenntnis zu geben.

22. **Antrag der U. S. P.**: „Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, gegen die Erklärung des Magistrats, durch welche die von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossene Bezahlung der Streiktage der Straßenbahner abgelehnt wird, **den Konflikt bei dem Bezirksausschuß zu erheben.**"

Diesen Antrag begründete Stv. **Osterburg** (U. S. P).

Stv. **Herzfeld** (Dem): Dieser Antrag ist ein so schwerwiegender, daß wir ihn heute nicht tun können. Ich beantrage, ihn zur Prüfung dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen.

Die Stvv. **Kleeis** (S. Fr.) und **Finger** (Dem.) sprechen sich ebenfalls für Ueberweisung an den genannten Ausschuß.

Stv. **Koenen** (U. S. P.): Wir können beim Bezirksausschuß verlangen, daß unser Beschluß durchgeführt wird.

Vorsteher **Hennig**: Das Gesetz gibt uns die Möglichkeit, den Konflikt zu erheben. Die Juristen freilich werden wie immer auch hierüber verschiedener Meinung sein. Der Magistrat hat, wenn er einem Stadtverordnetenbeschluß seine Zustimmung versagt, seine Gründe hierfür anzugeben. Kommt eine Verständigung nicht zu wege, so kann die Meinung des Bezirksausschusses eingeholt werden.

Stv. **Herzfeld** (Dem.) beantragt hiernach, den Magistrat um Angabe seiner Gründe für die Ablehnung des Stadtverordnetenbeschlusses zu ersuchen und dann die Notlage dem Rechts- und Verfassungsausschuß zur Vorberatung zu überweisen.

Oberbürgermeister Dr. **Rive**: Der erstere Antrag wird nicht nötig sein, weil der Magistrat seine Gründe bereits mitgeteilt hat, und zwar in der mündlichen Verhandlung. Diese Gründe sind also bekannt.

Stv.-V.-Stellv. Dr. **Keil**: Der Bezirksausschuß soll nur entscheiden, sofern die Angelegenheit nicht auf sich beruhen kann. An den Gemeindeverhältnissen Halles ändert sich, wenn die Sache auf sich beruht, gar nichts, denn die Bezahlung der Streiktage der Straßenbahner ist keine lebenswichtige Angelegenheit. Lassen Sie doch erst den Rechts- und Verfassungsausschuß sprechen

Der Herzfeldsche Antrag wird angenommen.

23 u. 24. Von einer Eingabe des Zentralverbandes der Fleischer, betreffend Uebernahme der **Wurstküche in städtische Verwaltung** wird Punkt 1 und 2 dem Sozialisierungsausschuß überwiesen. Der Antrag auf Zuwahl eines Fleischergehilfen in die Schlachthausdeputation wird zurückgelegt, weil demnächst die Deputationen neu gewählt werden. — Berichterst. Stv. **Kürbs** (U. S. P.).

25. Eine Beschwerde der Witwe Gräfe, Reilstraße 3, wegen schlechter Gasbeleuchtung wird nachgeprüft werden. Hierbei macht Stadtbaurat **Lammers** die Mitteilung, daß von 4000 Gasflammen nur 650 brennen.

26. wird vertagt, weil hierüber noch nicht vorberaten ist.

27. Eingabe des Verbandes reisender Gewerbetreibender Deutschlands, Ortsgruppe Halle, wegen **Beibehaltung der Vieh- und Jahrmärkte.**

Namens des Petitionsausschusses beantragt der Berichterstatter Stv. **Winkelmann** (Dem.) Uebergang zur Tagesordnung. Es handelt sich nicht um alle hallischen Jahrmärkte, sondern nur um den Oktobermarkt, der nach dem Ansuchen der Gesuchsteller eine Woche dauern soll.

Stv. **Herzfeld** (Dem.) tritt, nachdem er an der Hand der Ortsgeschichte unserer Stadt die Bedeutung der Jahrmärkte für Halle gewürdigt hat, warm für die Erhaltung der Jahrmärkte bei uns ein, aber in einer Ausgestaltung, wie sie den Anforderungen der modernen Zeit entspricht. Er beantragt die Einsetzung eines besonderen Ausschusses, der alle einschlägigen Fragen prüft und das Ergebnis seiner Beratung dem Magistrat überweist. Man sollte die Märkte wieder zu Ehren bringen.

Stadtrat **Wurm**: Es handelt sich zunächst nur um die Aufhebung des Oktobermarktes. Zur Aufhebung der übrigen Märkte hat der Magistrat noch nicht Stellung genommen. Neben der Lebensmittelversorgung usw. ist es insbesondere die **Platzfrage**, die an die Aufhebung der Märkte denken läßt. Heute ist auf städtischen Grund und Boden kein Platz vorhanden, um einen großen Markt aufzunehmen. Die Märkte sind vom Provinzialrat festgesetzt worden. Vor den Interessen der Landbevölkerung, die hauptsächlich zum Markte kommt, kommen die Interessen der Bürgerschaft.

Stv. **Sorger** (Dem.): Ein Teil meiner Fraktionsfreunde wird für Uebergang zur Tagesordnung stimmen. Die Jahrmärkte sind ein Ueberbleibsel aus vergangener Zeit und wir würden es begrüßen, wenn die neue Zeit auch eine Neugestaltung des Jahrmarktwesens bringen würde. Ich denke mir da die Veranstaltung von großen Volksfesten, verbunden mit großzügigen Spiel- und Sportfesten. Der vielgeschmähte Militarismus hat wenigstens das eine Gute gehabt, daß er ganz erheblich zur körperlichen Ertüchtigung des Volkes beitrug. Der Militarismus ist abgeschafft, wir müssen also Ersatz dafür schaffen. Da erwächst die Pflicht, in großzügiger Weise für die Vereine zu sorgen, die sich die Ertüchtigung der Jugend zum Ziele gesetzt haben. Wenn der Magistrat mit einem Antrage nach dieser Richtung hin kommen würde, so würden wir dafür sein. Wir werden übrigens auch demnächst mit entsprechenden Anträgen uns einstellen.

Nun nimmt Stv. **Bundt** (Dn.) das Wort. Die Berichterstatter verließen aber, da noch eine uferlose Aussprache in Aussicht stand, und die 9. Sturde schon längst angebrochen war, den Sitzungssaal. Wir können also über den Ausgang nicht mehr berichten.

Zum Streik auf der Halle-Hettstedter Eisenbahn

geht uns aus Gewerkschaftskreisen folgende Zuschrift zu:

Es handelt sich nicht um einen Sympathiestreik, sondern um nur allzu berechtigte Gehaltsforderungen. Denn Gehälter von 200 bis 300 Mark sind an der Tagesordnung. Verhandlungen, die schon seit April dieses Jahres mit der Verwaltung geführt worden sind, wurden stets abschlägig beschieden. Um nun ihren Forderungen endgiltig Nachdruck zu verleihen, sind die Beamten der Halle-Hettstedter Eisenbahn im Verein mit sämtlichen von der Firma Lenz & Co. betriebenen Bahnen in den Ausstand getreten. Die Arbeiter stehen außerhalb der Bewegung.

Aus einem englischen Gefangenenlager.

Unterm 19. September schrieb Leutnant **Rudolph** aus Diemitz, der sich in englischer Gefangenschaft befand, aber auf dem Heimwege ist, ins Elternhaus folgende Zeilen:

Gestern nachmittag war ein General von Northern Command, dem unser Lager unterstellt, zur Besichtigung hier. Er hat sich unserm deutschen Lagerkommando gegenüber folgendermaßen ausgelassen: **England wollte schon immer die Gefangenen heimsenden**, doch scheiterte dies an dem Widerstande der Alliierten. — **Die Heimsendung jetzt war sehr in Frage gestellt** durch die Transportmittelschwierigkeiten über See. Doch sind diese jetzt behoben worden, nachdem die englische Regierung die Linie Harwich—Rotterdam zum Transport freigegeben hat. Der Transport beginnt jetzt. Trotzdem nun das Lager Ripon als eines der letzten mit Gefangenen belegt worden ist, wird es als eines der ersten geräumt werden.

Prof. Ruhlands Nachfolger. Ernannt wurde der Privatdozent Dr. Hans **Burgeff** in München zum a. o. Professor der Botanik und Pharmokognosie an unserer Universität, als Nachfolger Wilh. Ruhlands.

Provinzial-Nachrichten.

? **Halberstadt**, 6. Oktober. (Mordversuch an der Gattin und Selbstmordversuch.) Freitag nachmittag hat ein schwer nervenleidender Kaufmann offenbar in einem Anfall von Schwermut drei Schüsse aus einer Mehrladepistole auf seine Ehefrau und einen vierten Schuß auf sich selbst abgegeben, die jedoch sämtlich nicht tödlich wirkten. Das Ehepaar ist in schwerverletztem Zustande dem Salvatorkrankenhaus zugeführt worden, wo man sie am Leben zu erhalten hofft.

— **Nordhausen**, 6. Oktober. (Gemeinsame Viehlieferungsstelle für die Kreise Sangerhausen, Nordhausen und Grafschaft Hohnstein.) Von der Provinzialverteilungsstelle in Magdeburg ist der von der Nordhäuser Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Beschwerde über die schlechte Fleischversorgung Nordhausens durch Errichtung einer gemeinsamen Viehlieferungsstelle für die drei Kreise Sangerhausen, Nordhausen und Grafschaft Hohnstein angenommen worden.

@ **Scherneck** (Koburg), 6. Oktober. (Freude der Schernecker über einen Kirchweihbraten.) Durch Wachtmeister Scheler wurden hier 44 Pfund Schweinefleisch und zehn Pfund Wurst beschlagnahmt. Die Schernecker Einwohnerschaft freut sich sehr über diesen Fang, da sie dadurch einen Kirchweihbraten erhalten hat.

— **Gotha**, 6. Oktober. (Den Jacobischen Religionserlaß) gegen den mehr als 50 Schulvorstände, Vertretungen der Eltern der Schüler, politische Parteien, die Geistlichen und die Lehrerschaft Einspruch erhoben, hat heut die Ortsgruppe Gotha der deutschen Demokratischen Partei in einstimmig angenommener Entschließung auf das schärfste mißbilligt, weil er den Geist der Intoleranz atme.

() **Eisenach**, 6. Oktober. (Oberbürgermeister-Stichwahl.) Am das Oberbürgermeisteramt muß eine Stichwahl stattfinden. Bürgermeister Dr. Janson-Eisenach erhielt 8000 Stimmen, Redakteur Fleißner-Dresden (Unabhängiger) 6734 Stimmen, Oberbürgermeister Dr. Peters-Graudenz 997 und Bürgermeister Dr. Müller-Marburg 287 Stimmen. Dr. Janson hat somit 10 Stimmen weniger als die drei anderen Mitbewerber zusammengenommen. An seiner Wahl am Mittwoch ist nicht zu zweifeln.

)(**Ruhla**, 6. Oktober. (Der Streik in Ruhla beendet.) Es ist unter Mitwirkung des Staatsrates Hörschelmann, Weimar, gelungen, eine Einigung zwischen den streikenden Arbeitern und den Fabrikanten zu erzielen. Die Arbeit wurde demzufolge am Montag wieder aufgenommen.

⊕ **Erfurt**, 6. Oktober. (Die Oberbürgermeisterwahl.) Die Wahl des neuen Stadtoberhauptes soll am kommenden Freitag stattfinden. Von den fünf Kandidaten, die sich um den Oberbürgermeisterposten bewarben, wurden zwei zur engeren Wahl gewählt, nämlich Bürgermeister Dr. Mann aus Neukölln und Oberbürgermeister Dr. **Herrfurth** aus Gera.

Vermischtes.

Der fliegende Heringsfucher. In einem norwegischen Blatt finden wir folgende Anzeige: „Erfahrener Wasserflieger für baldige Anstellung gesucht. Ausführliche Zuschriften an die United Sardines Factories A.-G., Bergen." — Das ist der neueste Fliegerberuf: das Aufsuchen der Heringsschwärme aus der Luft. mi.

Die Krebse als Musiker. Man hat beobachtet, daß verschiedene Arten der Krebse, gleich einem Teil der Insekten, Töne erzeugen können. Insbesondere verdient in dieser Beziehung die Gattung der Oxypoda (Schnellfuß) Erwähnung, die sich durch ein sehr entwickeltes Auge auszeichnet und ihren Behendigkeit wegen ihren wissenschaftlichen Namen verdankt. An dem Scherenballen dieses Krebses befindet sich eine gerieftte Leiste, und an einem der ersten Glieder des Scherenfußes ein Stag, über den bei zurückgelegter Schere jene Leiste sich hin und her bewegen kann. Wenn man diese Bewegung an toten Exemplaren ausführt, so entsteht ein feineres oder gröberes Geräusch. Jetzt ist ein neuer Tonkünstler dieser Art entdeckt worden. Ein großer, langschwänziger Krebs, der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191007011/fragment/page=0003

gleich dem Hummer optimals bei unseren Händlern erscheint, der Palinurus vulgaris, besitzt an der Wurzel seiner großen Fühlhörner eine Platte, die mit sehr kurzen, aber steifen Haaren besetzt ist. Diese Platte reibt sich an der Seitenfläche einer bogigen Nase, die sich zwischen beiden Fühlern erhebt. Wird diese nun gehoben, so setzen die schräg nach auswärts gerichteten Härchen der Bewegung einen kleinen Widerstand entgegen und erzeugen ein Geräusch, gerade als wenn eine feuchte Fingerspitze über eine Tischplatte fortgestoßen wird. Außer den angeführten Arten gibt es sicherlich noch eine Reihe anderer „musikalischer" Krebse.

Literarisches.

Geschlechtskrankheiten und Ehe von Univ.-Prof. Dr. v. Rotthaft-München. 175 Seiten, geschmackvoll geb. Max Hesses Verlag, Berlin W. 15. — Das vorliegende Buch verfolgt viel weiter gesteckte Ziele als die zahlreichen, mehr oder minder guten Abhandlungen über Geschlechtsleiden. Prof. Rotthaft gibt zunächst eine ausführliche Darstellung des so ungemein mannigfaltigen Krankheitsbildes der Geschlechtskrankheiten, verbreitet sich dann über die Bedeutung und Folgen der Geschlechtskrankheiten namentlich für die Ehe und bespricht ausführlich die Vorbeugungsmaßregeln und den heutigen Stand der Behandlungsmethoden. Besonderes Augenmerk widmet der Verfasser dem außerehelichen Geschlechtsverkehr als der Hauptquelle der Geschlechtskrankheiten; ein eigenes Kapitel ist der jetzt vielfach geforderten Untersuchung auf geschlechtliche Gesundheit und der Frage der Anzeigepflicht der Geschlechtskrankheiten gewidmet, ein anderes handelt über Kriegsteilnehmer und Geschlechtskrankheiten. Kurz, diese mustergültige Darstellung sei jedem reifen Menschen aufs wärmste empfohlen. Das Buch wird viel Licht und Trost spenden, sei deshalb auch zur Anschaffung warm empfohlen!

300 **Theaterspielpläne** registriert die eben erschienene neue Nummer des vom Deutschen Bühnenverein herausgegebenen, bei Oesterheld & Co., Berlin W. 15, erschienenen „Deutschen Bühnenspielplans", und zeigt damit eine Steigerung der Aufführungen um das Doppelte gegen die bisherigen Sommermonate der früheren Jahre. Wenn auch der Kartellvertrag die Direktionen jetzt zwingt, ihre Aufführungen im „Bühnenspielplan" regelmäßig zu veröffentlichen, was ja auch in statistischer Hinsicht ungeheuer wertvoll ist, so ist die Erhöhung der Zahl der spielenden Bühnen doch besonders in dem während der Kriegsjahre gewachsenen Interesse am Theater zu suchen.

„Die Schweiz spricht zu uns" ist der Titel des neuesten Heftes der Süddeutschen Monatshefte, Leipzig, Berlin und München (für den Schweizer Buchhandel wird dieses Heft durch Roberts Buch- und Kunsthandlung, Basel, vertrieben). Wohl zum ersten Mal seit Kriegsausbruch vereinigen sich in einer deutschen Zeitschrift eine größere Anzahl führender Persönlichkeiten der Schweiz, um nach der in der Zwischenzeit eingetretenen Entfremdung ihre Anschauungen über die verschiedensten Gebiete menschheitlicher, schweizerischer und schweizerisch-deutscher Interessen und Beziehungen auszusprechen.

„Deutsche Musikzeitung", Wochenschrift für die musikalische Welt. Unter diesem Titel erscheint am 1. Oktober d. J. im Verlage von Arthur Parrhysius, Berlin SW 11, eine neue Musikzeitung. Dem gerade in jetziger Zeit so stark gewordenen Bedürfnisse entspringend, zur Vertiefung der ethischen Kultur des deutschen Volkes die Macht der Kunst in erhöhtem Grade heranzuziehen, wendet sich die „Deutsche Musikzeitung" an die gesamte musikalische Welt der deutschen Gaue, mögen sie zurzeit unter fremdem Einflusse stehen oder nicht. Das Blatt will damit auch gleichzeitig zur Erhaltung des geistigen Bandes zwischen den Gebieten deutscher Zunge und der gegenwärtig so schwer bedrohten Einheit des deutschen Volkes im politischen wie im kulturellen Sinne an ihrem Teile beitragen.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Radrennen im Reiche.

Der gestrige Sonntag brachte im Reiche zahlreiche Radrennen. Sechs Veranstaltungen brachten meist recht gute Leistungen. Die einzelnen Ergebnisse waren folgende: Leipzig, Großer Herbstpreis 100 Kilometer: 1. Saldow-Berlin 1 Stde. 21,20% Min., 2. Ebert-Leipzig, 3300 Meter zurück. Flieger-Hauptfahren 1 Kilometer: 1. Nitt, 1,33% Min., 2. Lorenz. Zweisitzer Hauptfahren 2 Kilometer: 1. Nitt-Lorenz 3,58% Min. Treptow: Großer Herbstpreis 75 Kilometer: Appelhans 1 Stde. 10,49 Min. Fritz-Theiles-Preis 25 Kilometer: 1. Mittig 22,12 Min. Magdeburg: Großer Herbstpreis 60 Kilometer: 1. Müller-Köln 59,25⅕ Min. Großer Abschiedspreis 20 Kilometer: 1. Müller-Köln. Plauen: 1. Lauf 50 Kilometer: 1. Techmer-Berlin, 45,52⅕ Min. 2. Lauf 60 Kilometer: 1. Rosellen 46,02⅕ Min. Gesamtklassement: 1. Rosellen 99,995 Kilometer, 2. Techmer 97,9 Kilometer. Erfurt: 2×20 Kilometer: 1. Trings, 2. Wurmstich-Halle. Straßenmeisterschaft von Deutschland (Berlin-Hannover 287,6 Kilometer): 1. Golle-Berlin, 9 St. 57,53 Min.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

An den deutschen Rohzuckermärkten war das Geschäft während der Berichtswoche vollkommen ruhig. Sehr viel Beachtung fanden aber Ereignisse, die außerhalb des eigentlichen Geschäftes liegen. Im Reichsrat ließ die Reichsregierung ausführen, daß für die Zuckerversorgung höchst trübe Aussichten beständen. Das ist ja allerdings nichts Neues. Der Bericht erstattende Ministerialdirektor führte aus, daß der Rübenanbau in diesem Jahre nur 200 00 Hektar betrage, noch nicht die Hälfte des Anbaues im letzten Friedenswirtschaftsjahr. Dementsprechend sei die Zuckererzeugung Deutschlands von 50 auf 19 Millionen Zentner gesunken. Dieser Betrag wird im laufenden Wirtschaftsjahre vielleicht noch nicht einmal erreicht werden, und man könne nur mit einer Zuckermenge von 16 bis 18 Millionen Zentner rechnen. Deshalb sei das Wirtschaftsministerium mit einer neuen Verordnung herausgekommen. Danach wird der Rohzuckerpreis auf 51 Mark ohne Sack frei Magdeburg für den Zentner festgesetzt, der Raffinadepreis auf 73 Mark, Grundlage gem. Melis I, ohne Sack frei Magdeburg. Die näheren Angaben für die Berechnung sind den später noch folgenden Ausführungsbestimmungen vorbehalten worden. Die Industrie hatte einen um 14 Mark für den Zentner höheren Preis für Rohzucker gefordert. Allseitig begrüßt wird der Teil der Verordnung, der die Rübenschnitzel von jetzt ab vollständig dem freien Verkehr überläßt. Zuckermelasse bleibt der Beschlagnahme weiter unterworfen, soweit sie nicht den Rüben liefernden Landwirten zur Verfügung gestellt wird. Die Höhe der zukünftigen Rübenpreise ist noch nicht festgesetzt worden, läßt aber hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten, damit die Landwirte wissen, woran sie im nächsten Jahre sind. Während der Berichtswoche ist auch die Bekanntgabe über die erste Verteilung von Rohzucker aus der neuen Ernte erfolgt. Wieder werden 15 Prozent von der auf 85 Prozent Gesamterzeugung gerechneten deutschen Rohzuckerernte freigegeben. Die Lieferung dieser 15 Prozent hat innerhalb der ersten 30 Tage von Betriebsbeginn an zu geschehen. Es steht nun aber noch nicht fest, an wen der Rohzucker geliefert werden soll. Das natürliche wäre die Lieferung an die Raffineriern zur Verarbeitung auf Verbrauchszucker. Wegen des Kohlenmangels steht es aber noch nicht fest, ob den Raffineriern die Verarbeitung gestattet werden wird. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß der erste freigegebene Rohzucker durch Vermittlung der Verteilungsstellen direkt in den Verbrauch übergeführt wird. Den Rohzuckerfabriken gibt die erfolgte Freigabe die erfehnte Möglichkeit, nunmehr ihre Vorbereitungen noch einigermaßen zeitig treffen zu können. Schließlich wurde während der Berichtswoche auch das Ergebnis der Rübenverarbeitung im verflossenen Betriebsjahr amtlich bekanntgegeben. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes betrug die Erzeugung von Zucker im Deutschen Reiche, in Rohzuckerwert ausgedrückt, rund 26 881 500 Zentner, gegen 30 821 200 Zentner im Betriebsjahr 1917/18. Die Mindererzeugung des letzten Betriebsjahres beträgt also rund 4 Millionen Zentner. Dieses betrübende Ergebnis konnte nur Platz greifen, weil es den Zuckerfabriken infolge von Kohlenmangel und Arbeiterschwierigkeiten nicht möglich gewesen ist, alle geernteten Rüben auf Zucker zu verarbeiten.

Am Raffinademarkte blieb der Verkehr wegen der geringen Vorräte klein. Im neuen Monat wird hierin naturgemäß eine Aenderung eintreten, soweit die Raffinerien noch Raffinaden abzugeben haben. Die Aufnahme der neuen Betriebszeit der Raffinerien wird wahrscheinlich erst im neuen Jahre vor sich gehen können. Für die Verbraucher würde das nach Aufzehrung der noch vorhandenen Raffinadebestände Erzatzbelieferung durch Rohzucker bedeuten.

Die Entwicklung der Zuckerrüben ist durch die gefallenen Niederschläge günstig beeinflußt worden. Es wird aber noch mehr Regen verlangt, um die Aufrodungen vornehmen zu können, da der Boden noch immer verhärtet ist. Die ersten Rübenrodungen werden in diesen Tagen vorgenommen werden.

Gegen die Neueinrichtung von Waggonfabriken

hat im Staatshaushaltsausschuß ein Vertreter der Verwaltung eine Reihe von Gesichtspunkten geltend gemacht, die im Hinblick auf die Notwendigkeit, den Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie wenigstens nicht schlechter werden zu lassen, von ausschlaggebender Bedeutung sind. Ein Mangel an Güterwagen bestehe nicht. Die Verwaltung habe zurzeit 15 000 Güterwagen vollständig betriebsfähig beiseite gestellt, weil sie sie nicht verwerten könne. Diese Zahl der Güterwagen noch durch Neubauten zu vermehren, könne unmöglich zweckmäßig sein. Wenn hier und da Güterwagenmangel entstehe, so liege es daran, daß nicht Lokomotiven vorhanden seien, und daß, wenn diese vorhanden seien, die Verwaltung nicht immer genügend Kohlen habe. Es sei unmöglich, in dem Maße weiter Güterwagen zu beschaffen, wie es in den letzten Kriegsjahren geschehen sei.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 6. Oktober. An der Börse übertrug sich die Festigkeit der vergangenen Woche auch auf den heutigen Verkehr. Besonders waren es auswärtige Kauforders, die zu einer Höherbewertung namentlich der ausländischen Werte, des größten Teiles der Montanpapiere, von Farbwerten und Elektrizitätsaktien führten. Kanada- und Siemens Romane zeigten mit Besserungen um zirka 20 Prozent ein. Von Kolonialwerten waren hauptsächlich Otavi begehrt und wesentlich höher. Am Montanmarkte zeigten Bismarckhütte ihre Aufwärtsbewegung mit einer fünfprozentigen Steigerung fort, und ferner sind als ansehnlich höher Mannesmannröhren und Phönix zu nennen. Farbwerte gewannen bis zu 3 Prozent. Von Elektrizitätswerten hoben sich A. E. G. nennenswert. Auch einzelne Spezialpapiere begegneten regerem Interesse bei anziehenden Kursen, so Augsburg-Nürnberger, Deutsche Waffen und Daimler. Gute Nachfrage bestand für Schantungaktien, die mehr als 5 Prozent stiegen, während Orientbahnaktien 25 Prozent verloren. Schiffahrtsaktien hatten keine gleichmäßige Kursbewegung. Eine Besserung von etwa 5 Prozent erfuhren Hamburg-Südamerikaner und Hansa. Im allgemeinen war zu bemerken, daß nach Erledigung der ersten Aufträge der Verkehr in ruhigere Bahnen einlenkte und anfängliche Kursgewinne nicht voll aufrechterhalten werden konnten. Der Anlagemarkt behielt bei wenig veränderten Kursätzen feste Haltung. Für österreichische und ungarische Werte zeigten sich Ansätze zu weiterer Befestigung. Im späteren Verkaufe setzte eine kräftige Aufwärtsbewegung für Deutsch-Ueberseeische Elektrische und Adlerwerke um 10 Prozent ein.

Devisenkurse.

Berlin, 6. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	931,50	933,50	929,00	931,00
Dänemark	100 Kr.	524,25	525,75	524,25	525,75
Schweden	100 Kr.	599,00	525,75	604,25	604,75
Norwegen	100 Kr.	575,25	575,75	574,25	575,75
Schweiz	100 Fr.	443,5	444,50	439,50	440,50
Wien, altes		29,95	3,05	31,45	31,55
Oesterreich, abgest.		31,45	31,55	32,45	32,55
Prag		—,—	—,—	79,15	79,35
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,—
für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 467,00 Brief 468,00
für 100 Peletas
Helsingfors 109,50 110,00 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 6. Oktober. Am Produktenmarkt blieb das Angebot in Hafer gering bei unveränderten Forderungen. Vom Westen waren namentlich spätere Lieferungen begehrt. Seitens des Plattkonsums hat die Nachfrage nachgelassen. Erbsen und andere Hülsenfrüchte hatten feste Tendenz bei teilweise anziehenden Kursen. Serradella war bei unverändert festen Preisen auf spätere Abladungen ruhiger; alte Ware war billiger. Die Tendenz für Heu und Stroh bewahrte unverändert sehr feste Haltung. Für Runkelrüben, Kohlrabi und Speisemöhren zeigte sich stärkeres Angebot. Wetter schön.

Berlin, 6. Oktober. Amtliche Notizen. Inländ. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen 1270—1300 Mk. Alles per 1000 Kilogramm netto ab Abladestationen. Tendenz fest.

Der Abschluß der Laurahütte.

Die günstigen Ergebnisse der ersten 4 Monate wurden bei der Gesellschaft in den 8 Monaten der Revolution nicht nur ausgeglichen, es ergab sich vielmehr noch ein Gesamtverlust von 10 824 492 Mk. (im Vorj. 4 570 977 Mk. Reingewinn), der aus den bilanzmäßigen Rücklagen der Gesellschaft, die einschließlich des Delkredereifonds am 30. Juni 1918 mit 10 343 000 zu Buche standen, gedeckt werden soll. Außerdem haben die weiter andauernden Verluste die Aufnahme einer schwebenden Schuld notwendig gemacht.

Wotanwerke Akt.-Ges. in Leipzig. Der Bruttogewinn in 1918/19 stellt sich auf 1 500 156 Mk. (1 794 158 Mk.) hierzu kommen noch vereinnahmte Skonto-Zinsen mit 94 723 Mk. (112 404 Mk.) Die Generalunkosten erhöhten sich auf 1 117 114 Mk. (813 649 Mk.). Nach Abschreibungen von 186 685 Mk. (175 363 Mk.) ergibt sich zuzüglich Vortrag ein Reingewinn von 594 437 M. (1 199 407 M.) woraus 15 Proz. Dividende (25 Proz.) sowie 150 Mk. Bonus für die Aktie ausgeschüttet werden. Auf neue Rechnung kommen 39 437 Mark (303 357 Mk.). Wie der Vorstand berichtet, kam infolge der politischen Umwälzungen ein Teil der Aufträge nicht zur Ausführung. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die mehrfachen Streiks und die allgemeine Arbeitsunlust beeinträchtigten die Produktion ganz erheblich und erst in den letzten Monaten ist wieder eine leichte Besserung zu verzeichnen.

Tiefbau und Kälte-Industrie A.-G. vorm. Gebhard & König in Nordhausen. In der Generalversammlung, in der 815 000 Mk. Aktienkapital vertreten waren, teilte die Verwaltung auf Anfrage mit, daß sämtliche Beteiligungen an belgischen Geschäften erledigt seien. Diese hätten 2 625 000 Franken betragen und weit unter pari verlauft werden müssen. Angesichts der drohenden Liquidation dieser Beteiligungen sei man froh gewesen, sie zu diesem Preise abstoßen zu können. Der Verlustabschluß wurde einstimmig genehmigt. Ueber die Aussichten wurde mitgeteilt, daß eine Reihe von Anfragen vorlägen, die hoffentlich zu Abschlüssen führen würden. Anträge liegen reichlich vor, so daß die Gesellschaft hofft, in lohnende Beschäftigung zu kommen. In den Aufsichtsrat wurde Generaldirektor Jacob neu gewählt.

Deutsche Mineralöl-Industrie Akt.-Ges. in Wiese (Kreis Celle). Nach dem uns vorliegenden Rechenschaftsbericht erbrachte das Geschäftsjahr 1918/19 einschließlich Vortrag an Rohennahmen 8 865 181 (i. V. 7 618 463) Mark, hiervon entfallen auf Betrieb und Beteiligungen 7 290 736 (6 483 434) Mark und auf Zinsen 1 032 504 (663 005) Mark. Anderseits erforderten Handlungs- und Betriebsunkosten 5 004 757 (2 342 433) Mark, Defabgaben und Pachtgelder 299 726 (411 029) Mark, sowie soziale Lasten 166 168 (171 572) Mark. Einschließlich Vortrag verbleibt ein Reingewinn von 3 373 175 (3 659 216) Mark, aus dem nach den üblichen Rückstellungen wieder 25 Proz. Dividende verteilt und 1 044 944 Mark (541 940 Mark) neu vorgetragen werden. Die Dividende mit 25 Proz. ist durch die Deutsche Erdöl-Akt.-Ges., die, wie wir erinnerlich, den gesamten Rohölgewinnungsbetrieb übernommen hat, auf drei Geschäftsjahre garantiert. Die gleichzeitig durch Vertrag in die Verfügung der Gesellschaft übergegangene Gewerkschaft Nestler Kohlenwerke und Akt.-Ges. Romsdorfer Braunkohlenwerke befanden sich bisher noch in der Entwicklung und haben deshalb noch keinen Gewinn verteilt, indes ist zu erwarten, daß spätestens bei Ablauf der vorerwähnten Dividendengarantie befriedigende Erträgnisse erzielt werden. Die Förderung ist im abgelaufenen Betriebsjahre weiter zurückgegangen, und zwar wurden in zehn Monaten 27 392 To. gefördert gegen 36 281 To. im ganzen Betriebsjahre 1917/18. Der Rückgang der Förderung sowie das Anwachsen der Gestehungskosten und die noch ungewisse Zukunft der bergmännischen Oelgewinnung ließen es der Gesellschaft vorteilhaft erscheinen, das Angebot der Deutschen Erdöl-Gesellschaft anzunehmen. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. Mai 1919 wurde der Abschluß dieses Vertrages mit der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft genehmigt. Von der opponierenden Minderheit wurde, wie seinerzeit gemeldet, Protest eingelegt und Klage erhoben, über die in der bevorstehenden ordentlichen Generalversammlung berichtet werden wird.

Berliner Börse

vom 6. Oktober 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	238,25
4½ Dtsch. Schatzsch VI—IX	77,00	Chem. Heyden	273,00
5% Dtsch. Reichsanl.	77,00	Consolidation Schalk	288,50
4% „ „	72,25	Größwitzer Papierfbk	213,00
3½% „ „	67,25	Daimler Motoren	250,00
3% „ „	66,30	Deutsche Luxemburg	167,25
4% Preuß. Konsols.	72,75	Deutsche Untersee Elektr.	325,00
3½% „ „	65,50	Deutsche Erdöl	397,00
3% „ „	62,30	Deutsche Gasglühl.	490,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	96,50	Deutsche Kalk	220,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	93,50	Deutsche Waffen u. Mun.	240,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	100,00	Donnersmarkhütte	234,50
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	—	Döring & Lenzmann	132,25
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	99,50	Durlacher Werke	342,00
4½% Dess. Gas Oblig	—	Eberfelder Faber.	374,75
4% Ungar. Goldrente	34,00	Felten & Guilleaume	214,00
4% Ungar. Kronenrente	35,50	Gasmotoren Deutz	165,00
Ausländ. Werte:		Gebhard & Co.	—
4% Oesterr. Kronenrente	34,00	Gebhard & König	163,50
4% Ungar. Goldrente	58,10	Gelsenkirchen Berg.	187,00
4% Ungar. Kronenrente	35,50	Glauziger Zuckerfbk.	—
Eisenbahn-Aktien:		Halleische Maschinf.	—
Halberst.-Blankenb.	80,50	Hann. Masch.	359,00
Halle-Hettstedter	68,00	Harpener Berg	194,50
Schantungbahn	162,00	Hasper Eisen	190,00
Alig. Lokal-Str.	180,50	Hirsch Kupfer	257,00
Gr. Berl. Str.	120,50	Höchster Farbw.	355,00
Magdeburger Str.-B.	—	Hoesch Eisen u. Stahl	237,00
Prinz-Heinrich-B.	361,00	Hohenlohe-Werke	127,00
Orientbahn	359,00	Humboldt Masch.	165,00
Schiffahrts-Aktien:		Ilse Bergbau	374,00
Hambg. Paketfahrt	117,87	Kahla Porzellan	348,00
Hambg. Südamerika	223,00	Kattow. Aschersleben	202,00
Hansa-Dampfschiff.	272,00	Kornbsd. Zucker-Akt.	—
Nordd. Lloyd	119,60	Kyffhäuserhütte	—
Bank-Aktien:		Lahmeyer & Co.	134,50
Bank f. Thür.	153,00	Lauchhammer	184,75
Berl. Handelsges.	163,00	Laurahütte	170,00
Commerz-Diskontobank	135,00	Linke & Hofmann	327,00
Darmstädter Bank	121,00	Ludwig Loewe & Co.	260,00
Dessauische Landesbank	—	Lothringer Hütte	172,00
Deutsche Bank	240,00	Mannesmannröhren	208,25
Diskonto-Comm.	178,87	Masch.-Fabr. Buckau	182,00
Dresdner Bank	149,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	147,50
Leipzig Credit-Anst.	140,00	do. Lit. C	165,00
Mitteld. Kreditbank	122,25	do. Kokswerke	226,50
Mitteld. Privatbank	123,25	Orenstein & Koppel	193,50
Nationalbank	117,00	Phönix Berg	209,50
Oesterr. Kredit	101,75	Rheim. Metall-Vorz.	198,00
Reichsbank	155,00	Rheim. Stahlwaren	168,50
Industrie-Aktien:		Riebeck. Montan	248,50
Schultheiss-Brauerei	272,00	Rombacher Hütten	168,50
Akt. f. Anilin	314,00	Rositzer Braunk.	152,75
Allgem. Elektr. Ges.	219,00	Rositzer Zucker	174,87
Ammendorfer Papierfbk.	—	Sangerhäuser Masch.	286,00
Anhalter Kohlenw.	219,00	Hugo Schneider A.-G.	218,00
Annaberger Steingut	210,00	Schuckert & Co.	146,00
Badische Anilin	438,00	Siemens & Halske	193,50
Bergmann Elekt. Akt.	180,00	Stettiner Cham.	219,50
Berl. Masch.-Bau	225,50	Stettiner Vulkan	180,00
Bismarckhütte	256,00	Stollberger Zink	167,75
Bochumer Gußstahl	195,00	Strals. Spielkarten	255,00
Chem.-Fabr. Buckau	144,50	Thale-Eisenhütte	269,00
		Tritzis Porzellan	197,00
		Türk. Tabakregie	558,00
		Ver. Köln-Rottweiler	215,00
		Ver. Glanzstoff	629,00
		Wegelin & Hübner	171,25
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	239,50
		Wittener Gußstahl	243,00
		Wrede Mälzerei	138,00
		Zschau-Kriebitzsch Braunk.	—
		Zeitzer Masch.	427,00
		Zellstoff Waldhof	219,25
		Otavi-Minen	294,00

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Miesjkner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191007011/fragment/page=0004